



18.01.2010 | Nr. 008/10

## **Jens-Christian Magnussen: Erörterungstermin in Brunsbüttel war reine Verzögerungstaktik der Kraftwerksgegner**

„Den Kraftwerksgegnern in Brunsbüttel ist offensichtlich jedes Mittel recht, um Investitionen zu blockieren, oder zumindest zu verzögern“. Mit diesen Worten kommentierte der regional und als energiepolitischer Sprecher auch fachlich zuständige Abgeordnete Jens-Christian Magnussen den heutigen Erörterungstermin mit anschließender Pressekonferenz, bei dem er selbst anwesend war.

Er habe als Anwohner durchaus Verständnis für umweltpolitische Bedenken in der Region, so Magnussen weiter. Das heute gegen die Kraftwerksplanung vorgebrachte Hauptargument der Bürgerinitiative und der Umweltverbände sei jedoch die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Betriebes gewesen: „Mich hat bei diesem Erörterungstermin schon überrascht, dass sich die Umweltverbände jetzt auch als Experten für betriebswirtschaftliche Prognosen betätigen“, so Magnussen. Ihm sei kein Unternehmer bekannt, der ohne nachweisliche Gewinnaussichten bereit sei, zu investieren.

Eine pluralistische Gesellschaft lebe davon, dass jeder seine spezifischen Fachkenntnisse in die Debatte einbringe. „Ich begrüße es, wenn Umweltexperten ihren Teil zu der Debatte beitragen. Wenn sie aber Erörterungstermine nutzen, um fachfremde Beiträge zu liefern, dann ist schon fraglich, ob es um die Sache, oder um reine Verzögerung geht“, erklärte Magnussen.

Mittlerweile werde nahezu jedes Kraftwerksprojekt kritisch gesehen. Auch gegen regenerative Energieträger rege sich zunehmend Widerstand. „Bei der Windkraft an Land wird über Schlagschatten, Lärm und gefährdete Vögel geklagt. Offshore wird Windkraft abgelehnt, weil sich die Vibrationen ins Wasser übertragen und Meeresbewohner gefährden. Biogasanlagen führen zu Monokulturen, Kohlekraft zu Schadstoffausstoß und Kernkraft zu radioaktivem Abfall“, so Magnussen. Das ändere allerdings nicht daran, dass Strom für eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft unverzichtbar sei.

Auf absehbare Zeit könne deshalb auf einen ausgewogenen Energiemix nicht verzichtet werden, bekräftigte der CDU-Politiker. Dazu werde das Kraftwerk in Brunsbüttel einen wichtigen Beitrag leisten, von dem die gesamte Region durch Steuern und Abgaben profitieren werde.

